



pro familia begrüßt Bundestagsdebatte über selbstbestimmte Familienplanung

Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken fordern kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln

Heute, am 28. Juni 2018, wird der Bundestag über Anträge der Linke und von Bündnis 90/Die Grünen beraten, die Menschen mit geringem Einkommen einen kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen wollen. pro familia begrüßt, dass das Thema im Bundestag diskutiert wird. Der Fachverband spricht sich seit langem für eine bundesweite Lösung aus, die Menschen unabhängig vom Geldbeutel sexuelle Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit hinsichtlich der Familienplanung ermöglicht.

Mit einer Bundestagspetition hat pro familia 2015 in Erinnerung gerufen, dass Verhütung ein Menschenrecht ist, das nicht am Geld scheitern darf. Dieses Menschenrecht auf Familienplanung wurde erstmals 1968 von den Vereinten Nationen in Teheran verkündet, 1979 im UN-Frauenrechtsabkommen CEDAW festgeschrieben, auf der Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 in das Konzept der sexuellen und reproduktiven Gesundheit integriert und vom Europaparlament 2008 bestätigt. Die Forderung nach Zugang zu Verhütung findet sich auch wieder in den „Sustainable Development Goals“ der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, denen sich die Bundesregierung verpflichtet hat. Im Mittelpunkt der Forderungen steht der Zugang zu einer qualifizierten Beratung sowie zu einer Bandbreite von sicheren, zuverlässigen, qualitativ hochwertigen und erschwinglichen Verhütungsmitteln. pro familia begrüßt, dass in den morgen im Bundestag behandelten Anträgen auf die internationalen Abkommen Bezug genommen und die derzeitige Situation als unvereinbar mit dem menschenrechtsbasierten Konzept der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte angesehen wird.

Verhütungsmittel spielen eine elementare Rolle bei der Vermeidung ungewollter Schwangerschaften. Es muss dafür gesorgt werden, dass alle Menschen sie sich leisten können. Eine Spirale (bis zu 400 Euro) können Frauen mit wenig Geld häufig nicht bezahlen. Auch Mehrmonatspackungen der Pille bleiben für viele unerschwinglich. Das betrifft zum Beispiel Frauen, die auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen sind aber auch Studentinnen, die BAföG beziehen. Aus finanziellen Gründen müssen sie auf die für sie individuell passende Verhütungsmethode verzichten und auf ein günstigeres, häufig unsichereres oder gesundheitlich weniger verträgliches Verhütungsmittel ausweichen.

Wie eine Kostenübernahme von Verhütungsmitteln realisiert werden kann, erprobt der pro familia Bundesverband derzeit mit einem bundesweiten Modellprojekt: „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und läuft noch bis September 2019. Darüber hinaus wird im Modellprojekt auch ein Konzept für eine menschenrechtsbasierte Verhütungsberatung erarbeitet. pro familia begrüßt, dass der Bundesrat im Dezember 2017 die Bundesregierung aufgefordert hat, bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzung einer Kostenübernahme für Verhütungsmittel die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zu berücksichtigen.

Zum Weiterlesen:

WHO (2014): Rahmenkonzept für die Sicherstellung der Menschenrechte bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten im Bereich der Empfängnisverhütung“ (Übersetzung: pro familia Bundesverband 2018)

www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Fachpublikationen/Verhuetung/Rahmenkonzept_fu__r_die_Sicherstellung.pdf

28. Juni 2018

Pressekontakt

Regine Wlassitschau
regine.wlassitschau@profamilia.de

pro familia Bundesverband
Mainzer Landstraße 250-254
60326 Frankfurt am Main

Tel. 069-26 95 779-22
Fax 069-26 95 779-30
www.profamilia.de

pro familia ist der führende Verband für Sexualität und Partnerschaft in Deutschland.

Der Bundesverband wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.